

Foto: www.fotolia.de, © bilderbox



Der Beitrag von Horst Heimann über die „Gerechtigkeitslücke“ löste in der DL 21 Dortmund eine lebhaft kontroverse Diskussion aus. Statt diese Diskussion bis zu einem Konsenspapier weiterzuführen, wollen wir den Beitrag in der spw zur Diskussion stellen. Er knüpft inhaltlich an die spw 163 „Richtung bestimmen“ an. Wir werden zu einigen Punkten kritische und ergänzende Diskussionsbeiträge verfassen. Um wieder eine produktive Diskussionskultur in der SPD zu entwickeln, sollte die SPD-Linke mit gutem Beispiel vorangehen. *[DL 21 Dortmund]*

Gerechtigkeitslücke – zu Lasten der SPD

von Horst Heimann



Soziale GERECHTIGKEIT ist für 83 Prozent der deutschen WählerInnen der wichtigste Wert (FES-Studie „Gesellschaft im Reformprozess“, 2006). Diese solidarische Wertepräferenz der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung ist die Grundlage dafür, dass eine Mehrheit von zwei Dritteln die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Politik in Deutschland für ungerecht hält (Deutschlandtrend April 2008, Frankfurter Rundschau 4.4.2008).

Die von der Mehrheit der WählerInnen wahrgenommene Gerechtigkeitslücke hat vor allem bei der Regierungspartei SPD zu massiven Mitglieder- und WählerInnenverlusten geführt. Wenn die SPD diesen doppelten Abwärtstrend stoppen will, muss sie ihren Kompetenzvorsprung in Fragen der Gerechtigkeit zurückgewinnen. Das könnte nur gelingen, wenn sie nicht, wie die neoliberalen Ideologen, mit dem semantischen Trick „gefühlte Gerechtigkeitslücke“ die reale Existenz einer Gerechtigkeitslücke einfach leugnet: In Wirklichkeit gebe es demnach keine Gerechtigkeitslücke, aber das populistische Volk fühle sie. Das sei ein Kommunikationsproblem: Die geistigen und politischen Eliten müssten besser mit dem unwissenden Volk kommunizieren und es überzeugen, dass unsere gesellschaftlichen Verhältnisse die sozialsten aller möglichen seien.

□ 1. Die Beurteilung der wachsenden Ungleichheit durch das Volk



Nach einer Umfrage der Bertelsmann Stiftung Ende 2007 beurteilten nur noch 15 Prozent der Befragten ihre wirtschaftlichen Verhältnisse als gerecht (DER SPIEGEL, Nr. 51/17.12.07). Aus der Tatsache, dass 72 Prozent der Deutschen im Sommer 2007 meinten, die Regierung tue zu wenig für soziale Gerechtigkeit, zog DIE ZEIT (16.8.2007) die Schlussfolgerung: „Auch Reiche für Gerechtigkeit.“ Denn auch 69 Prozent der Befragten mit einem Haushaltseinkommen über 2 500 Euro und sogar 76 Prozent mit einem Einkommen zwischen 2000 und 2500 Euro waren der Meinung, die große Koalition tue zu wenig für soziale Ge-

rechtigkeit. Auch 76 Prozent der SPD-AnhängerInnen teilten diese kritische Meinung, aber nur 60 Prozent der CDU/CSU-AnhängerInnen. Eine Vernachlässigung der sozialen Gerechtigkeit durch die große Koalition schadet der SPD folglich mehr als CDU/CSU.

Wenn rund drei Viertel der Deutschen kritisieren, dass die Regierung zu wenig für soziale Gerechtigkeit tue, so sind sie zugleich davon überzeugt, dass die Regierung durchaus mehr für soziale Gerechtigkeit tun könnte, wenn sie nur wollte. Sie teilen also nicht die fatalistische Resignation des Berliner Verteilungsforschers Grabka vom DIW Berlin, „dass die Erosion der Mittelschicht ein irreversibler Prozess“ ist.

□ 2. Gerechtigkeitslücke = Ursache für Linksruck in Deutschland

Die Gerechtigkeitslücke ist die Ursache dafür, dass die Wochenzeitung DIE ZEIT die Ergebnisse einer großen Umfrage im Sommer 2007 unter dem Titel zusammenfassen konnte: „Deutschland rückt nach links“ (DIE ZEIT, 9.8.2007). Zwar stuften sich nur 34 Prozent selbst als „links“ ein (1981 nur 17 Prozent). Aber zwei Drittel bis drei Viertel und mehr unterstützten eindeutig linke Positionen und Forderungen; 68 Prozent waren für Mindestlöhne – sogar 68 Prozent der FDP- und 52 Prozent der CDU/CSU-AnhängerInnen. 82 Prozent waren gegen die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre. 67 Prozent votierten für Staatsbesitz, also gegen Privatisierung von Bahn, Telekom, Energieversorgung – auch 57 Prozent der FDP-AnhängerInnen. Nach einer Umfrage von Oktober 2007 unterstützten über 80 Prozent die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitslose. DIE ZEIT zog die Schlussfolgerung: „Bis weit ins konservative Milieu hinein sind klassisch linke Positionen inzwischen mehrheitsfähig.“ Für Wahlentscheidungen habe das die Konsequenz: „Es stimmt wahrscheinlich immer noch, dass Wahlen in Deutschland in der Mitte gewonnen werden. Aber diese Mitte ist ein gutes Stück nach links verrutscht.“

□ 3. Die Mehrheit der Machteliten blieb neoliberal! Und die SPD?

Die Aussage über den „Linksruck“ in Deutschland ist allerdings insofern zu relativieren, als sie nur für die Gesamtbevölkerung gilt. Bei den Machteliten dagegen, die zur oberen einkommensstarken Schicht gehören und daher die Gerechtigkeitslücke nicht „fühlen“ können, dominieren noch neoliberale Positionen. Mit der wachsenden Gerechtigkeitslücke wächst daher die Distanz zwischen Eliten und Mehrheit. Die dadurch verursachte Politikverdrossenheit enthält den Keim für eine ernsthafte Krise der repräsentativen Demokratie. Denn wenn die Führungsgremien aller etablierten Parteien andere politische Positionen, z.B. zur Privatisierung oder zur sozialen Gerechtigkeit, vertreten und durchsetzen als ihre WählerInnen, dann fühlen diese sich von ihren gewählten RepräsentantInnen nicht mehr repräsentiert. Schon seit einiger Zeit traut daher die Mehrheit der Bevölkerung keiner Partei mehr zu, die großen Probleme unserer Zeit zu lösen. Die politischen Eliten, vor allem in den Volksparteien, bemühen sich sichtlich, auf die irritierenden Meinungen des Volkes zu reagieren, teils durch häufigere Verwendung des Begriffs Soziale Gerechtigkeit, teils durch Kritik am „Populismus“ des Volkes, teils durch kleinere Wahlgeschenke.

Dass auch die SPD nach links gerückt ist, steht nur für FDP, CDU/CSU und die Mehrheit der tönangebenden Medien fest. Sie warnen das Wahlvolk beschwörend vor den Gefahren dieses Linksrucks und des Neo-Sozialismus. Nur in den Selbstdarstellungen der SPD ist unklar, ob sie nach dem Hamburger Parteitag nach links gerückt ist. Vor allem die SPD-Linke leugnet leidenschaftlich jeglichen Linksruck. Sie möchte wohl keine schlafenden Hunde wecken und merkt nicht, dass diese sowieso schon laut bellen und auch kraftvoll zu beißen. Ihre Arbeit scheint von einem strikten innerparteilichen Pazifismus geprägt zu sein.

Sehen FDP und CDU/CSU im vollzogenen Linksruck der SPD eine Gefahr für Deutschland und die Welt, so sieht Peter Struck schon in einem solchen Versuch eine Gefahr, allerdings nur für die SPD: „Sollte die SPD auch nur versuchen, weiter nach links zu rücken, kann sie nur verlieren“ (Westfälische Allgemeine Zeitung, 4.4.2008). Diese Warnung könnte durchaus begründet sein, allerdings nur auf der Grundlage folgender Analyse: Die SPD hat 400 000 Mitglieder und bis fast zur Hälfte ihrer WählerInnen verloren, weil sie zu weit nach links gerückt ist.

Um wieder politisches Vertrauen zu gewinnen, müsste die SPD den Menschen ein überzeugendes neues Reformkonzept mit der klaren Zielrichtung anbieten, den Trend zur weiteren Vergrößerung der Gerechtigkeitslücke zu stoppen und in absehbarer Zeit diese Lücke zu reduzieren.

□ 4. Nicht mehr umverteilen, wieder gerecht verteilen!

2008 ist für die meisten Menschen keine Trendwende zum Besseren sichtbar. Die Angst vor mehr Ungerechtigkeit und vor dem sozialen Abstieg motivieren nicht zum aktiven Engagement für eine bessere Gesellschaft, sondern verstärken nur die verbreitete Resignation und apathische Politikverdrossenheit. Das Bekenntnis der SPD zu einer Reformpolitik für mehr Gleichheit ist im Hamburger Programm im Prinzip enthalten: „Daher erfordert Gerechtigkeit mehr Gleichheit der Verteilung von Einkommen, Vermögen und Macht. [...] Wir wollen eine gerechte Besteuerung von großen Vermögen und Erbschaften.“ Doch da die SPD über kein konkretes Programm für die Verwirklichung dieser allgemeinen Forderung verfügt, wäre zunächst eine intensive Sachdiskussion über die Frage notwendig: Welche konkrete Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs- und Steuerpolitik könnte dazu beitragen, dem allgemeinen Ziel nach mehr Gleichheit schrittweise näher zu kommen?

Kernthema dieser Debatte, in die auch WissenschaftlerInnen jenseits des neoliberalen Mainstreams einbezogen werden müssten, wäre eine Kritik des verteilungspolitischen Konzepts der SPD, um ein neues Konzept für Verteilungsgerechtigkeit zu erarbeiten. Denn die Zweifel an der aktuellen Verteilungspolitik sind Ursache für die Verluste der SPD und die Gewinne der neuen Partei DIE LINKE. In einem Interview in der Westfälischen Allgemeinen Zeitung vom 4. April 2008 stellte Peter Struck zutreffend fest: „In der Linkspartei sitzen viele Ex-SPDler, die nicht verstehen wollen, dass die klassische Umverteilungspolitik nicht mehr geht.“

Doch was war diese „klassische Umverteilungspolitik“? Wortgleich mit anderen „Reformern“ hatte Struck sie früher schon definiert und verworfen: Die traditionelle SPD-Position, „den Reichen nehmen, um den Armen zu geben“, könne nicht „die Politik unserer modernen Gesellschaft sein“ (DER SPIEGEL, Nr. 51/17.12.07, S. 25). Doch diese Haltung, „den Reichen nehmen, um den Armen zu geben“, war nie traditionelle SPD-Position – höchstens der Jusos unter ihrem Vorsitzenden Gerhard Schröder – sondern immer nur der traditionelle Dif-



Foto: Christian Kiel

famierungsvorwurf gegen die „gleichmacherische und leistungsfeindliche“ sozialistische Politik der SPD. Allerdings wurde dieser Vorwurf in den Debatten um die neue SPD und im Blair-Schröder-Papier selbstkritisch als berechtigt anerkannt und Besserung gelobt.

Entgegen der Floskel, „den Reichen nehmen, um den Armen zu geben“, haben in der Nachkriegsgeschichte alle Parteien das klassische Verteilungskonzept unterstützt, nämlich „allen geben, ohne jemandem etwas zu nehmen“. Dieses Konzept führte, wenn auch nicht zu einem gleichen, so doch zu einem „Wohlstand für alle“. Es gab zwar eine Ungleichheit der Einkommen, aber die Kurven zur Einkommensentwicklung der reicheren und ärmeren Schichten verliefen fast parallel nach oben. Erst als in unserer modernen Gesellschaft diese „klassische Verteilungspolitik nicht mehr ging“, wurde die parallele Aufwärtsentwicklung für alle Einkommensschichten durch einen neuen Trend abgelöst: Einkommenssteigerungen der Oberschicht und stagnierende oder fallende Einkommen der Mittel- und Unterschicht. Erstmals in der Nachkriegsgeschichte gibt es in Deutschland eine echte Umverteilungspolitik und zwar von unten nach oben. Die Reichen haben nicht nur die gesamten wirtschaftlichen Zuwächse erhalten, sondern auch das, was man den Armen genommen hat.

□ 5. „Neofeudalismus ... Züge einer Klassengesellschaft“

Die erfolgreiche neoklassische Umverteilung von unten nach oben wird zwar von der Mehrheit der Machteliten noch als Tribut an die Globalisierung und Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit gefeiert. Doch auch in einflussreicheren Gesellschaftskreisen kommt allmählich Unbehagen auf. In der Wochenzeitung DIE ZEIT vom 27.3.2008 kritisiert Thomas Assheuer „eine wachsende Klasse von Selbstbereichern [...] (die) eine risikolose Parallelgesellschaft (bildet)“. Und Sigmar Gabriel spricht von einem „Neofeudalismus, der inzwischen Züge einer Klassengesellschaft trägt“ („Sagen, was Sache ist! Aufruf zu einer konstruktiven Zukunftsdebatte in der SPD“, www.sigmargabriel.de).

Wenn diese „Zukunftsdebatte“ einen Weg in eine gerechtere Zukunft aufzeigen soll, muss sie zunächst jene neoliberalen Tricks aufdecken, mit

denen die tatsächlichen Ursachen unserer Probleme verschleiert werden, z.B. die Lüge, Teilhabegerechtigkeit sei wichtiger als Verteilungsgerechtigkeit, die schon weitgehend verwirklicht sei. Vielmehr wird die noch vorhandene Teilhabegerechtigkeit durch die zunehmende Verteilungsungerechtigkeit eingeschränkt.

Nebenprobleme und Nebenkonflikte wie der Generationenkonflikt und die demografische Krise werden zielgerichtet aufgebauscht. So behauptete jüngst in der BILD ein ehemaliger Spitzenfunktionär mit einer Spitzenrente, für die er nie einen Pfennig eingezahlt hat: Alle Parteien nähmen überproportional Rücksicht auf die wachsende Zahl der RentnerInnen, was dazu führen könne, „dass die Älteren die Jüngeren ausplündern“. Tatsächlich nehmen die etablierten Parteien jedoch überproportional Rücksicht auf die Kapitaleigner, so dass diese die ArbeitnehmerInnen, und zwar junge und alte, ausplündern können.

Die demografische Entwicklung ist zwar ein Problem, aber nicht die Hauptursache für sinkende Reallöhne und Renten. Wenn heute und künftig die Mehrheit der Bevölkerung mit weniger auskommen muss, dann wegen der nachhaltig sinkenden Lohnquote, aus der auch die Renten finanziert werden. Nur wenn die Politik diesem Trend gesteuert und ein neues Verteilungskonzept entwirft und umsetzt, kann die Entwicklung gestoppt werden. Das Kapital, das im Sozialstaat der Nachkriegszeit gezähmt worden war, ist wieder zu einem brutalen Raubtier geworden. Wenn die Politiker dennoch glauben, sie müssten es wie ein scheues Reh behandeln, dann wird dadurch das Raubtier nicht wieder gezähmt, sondern nur noch brutaler. ■

☞ Horst Heimann, Vorstandsmitglied der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus, lebt in Dortmund.